

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Band: 28 (2021)
Heft: 314

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven

Offene Menschen und geschlossene Grenzen: Die Flaschenpost aus der Osttürkei zwischen Idyllen und Kriegsspuren. Von Daniel Bindernagel

38

Nicht wegen Toleranz – es gibt bessere Gründe, am 26. September Ja zu sagen zur Ehe für alle. Eine Brandrede. Von Anna Rosenwasser

40

Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz: «Wir bleiben dran». Franziska Ryser über die Klippen der Realpolitik und die Dringlichkeit, vorwärts zu machen mit dem Klimaschutz.

42

OFFENE

MENSCHEN,



Auf dem Ararat, am Umkehrpunkt auf 4600 Meter Höhe.



Traktor trifft Landrover – Fahrzeuge schaffen Kontakte.

Was für eine wunderbare Art zu reisen: In den letzten drei Monaten bin ich in meinem Off-roader mehrheitlich jeweils für zwei bis drei Wochen begleitet worden von Menschen, die ich schon sehr lange oder erst ganz frisch kenne. Das sind sehr intensive, bereichernde Begegnungen. Wirklich Zeit für einander haben, sich zuhören und etwas gemeinsam erleben: Warum muss man dafür eigentlich auf Reisen gehen?

«Summit», sagt der Führer

Zum Beispiel das Abenteuer mit Thorsten, mit dem ich den Ararat besteige. Die Pferde bringen unser Gepäck hoch auf 3000 Meter, um dort das Basislager aufzuschlagen. Ein gehörloser Kurde aus dem Dorf unten am Berg bekocht uns. Da wir kein Kurdisch können, müssen wir sowieso auf Zeichensprache zurückgreifen. Nach einem Trainingstag ist Akklimatisierungstag angesagt. Wir hängen rum, haben Zeit, über das Leben und unsere Beziehungen nachzudenken und uns gegenseitig anregende Fragen zu stellen. Am Tag der Gipfelbesteigung gibt es genügend Stoff für die Nachbearbeitung.

Wir brechen um 4 Uhr morgens auf, legen unsere Tourenski – ich mein Splitboard – an und ziehen los. Die Morgenstimmung und die Aussichten in die iranischen, armenischen und türkischen Ebenen und Berge sind atemberaubend, der zu bewältigende Höhenunterschied von 2150 Metern auch. Nach etwa sechs Stunden im vereisten Steilhang rutscht der Bergführer plötzlich ab und zischt circa 300 Meter den Hang hinab. Zum Glück sind wir nicht angeseilt. «Mashallah» höre ich nur noch. Von oben – den Schreck in den Gliedern – sehen wir, wie er sich nach einigen Minuten wieder aufrappelt und zu uns aufsteigt. Seine Ski sind weg. Nach einer Stunde ist er wieder bei unserem notdürftig eingerichteten, sicheren Standort und sagt «sorry». «Sol-

len wir weiter?», fragen wir. Ja klar, «summit», erwidert er.

Mit Steigeisen ohne Ski und Splitboard kämpfen wir uns weiter. Ein Wind von 60 km/h peitscht uns Eiskristalle ins Gesicht. Es ist um die 15 Grad minus. Nach neun Stunden Aufstieg auf eine Höhe von 4600 Metern fragen wir ihn: «Wie lange haben wir denn noch bis zum Gipfel?» Ungefähr drei Stunden! Das kann nicht funktionieren, und wir entscheiden uns, umzukehren. Die Kraft reicht gerade noch, um bis zu den Ski abzusteigen und die Abfahrt zum Basislager anzutreten.

Beim gemütlichen Abstieg vom Basislager durch warme blühende Gefilde am nächsten Tag frage ich Thorsten: «Wie ist die Stimmung?» – «Ich bin froh, dass alles heil und dran ist.» Am nächsten Tag am Ufer des friedlichen Vansees machen wir Feuer, schauen aufs Wasser und die Insel Ahtamar, reden, schweigen und säubern den Standplatz. Dann bringe ich ihn zum Flughafen und bin wieder allein.

Ibrahim will nur weg von hier

Einige Tage später kehre ich zu dem wunderschönen Kiesstrand am Vansee zurück. Ibrahim, der 20-jährige Sohn des Besitzers dieses paradiesischen Stück Landes, kommt am Abend zu meinem Lagerfeuer. Er bringt Cay in der Thermoskanne und türkische Spezialitäten. Wir verbringen einen langen Abend, hören kurdische Musik und unterhalten uns. Sobald meine Türkischkenntnisse nicht ausreichen, wird google translate konsultiert. Ich sage: Ihr habt es wunderschön hier. «Burasi cok güzel». Er: Ja, aber ich finde es furchtbar, es gibt für mich keine Perspektive, ich will weg von hier. Was soll ich darauf sagen? Ich schicke ihm zwischendurch immer mal wieder kleine Nachrichten über Whatsapp.

Da ich es zu diesem Zeitpunkt nicht schaffe, nach Georgien einzureisen, erkunde

ich nochmals den Nordosten der Türkei. Ich fahre ins Firtina Tal bei Ardesen. Hier gibt es einen Wildwasserfluss und zahlreiche Raftinganbieter. Alles ist zu, weil der Präsident für drei Wochen einen kompletten Lockdown verordnet hat. Touristen sind davon ausgenommen. Eine bizarre Regelung, die offenbar den Tourismus nicht vollständig zum Erliegen bringen soll. Zumindest ich habe aber bisher – bis auf Istanbul – noch nicht einen einzigen Touristen gesehen.

In einem Raftingcenter bewegt sich etwas und ich fahre auf den Vorplatz. Ein paar Personen sind am Reinigen. Offenbar bereiten sie sich auf verheissungsvollere Zeiten vor. Ich komme mit Aydin, dem Besitzer, ins Gespräch, und so ergibt es sich, dass ich die kommenden zwei Wochen hier mein Lager aufschlage. Ich befahre mit ihm den Fluss, mache Ausflüge ins Tal, das durchsetzt ist mit alten osmanischen Steinbrücken. Ich mache Wanderungen über einige Tage ins Kacgargebirge. Wir freunden uns an, ich helfe ihm beim Flicker der Schlauchboote und beim Aufstellen neuer Werbeplakate.

Kein Weg nach Russland

Derweil warte ich auf einen Bescheid aus Georgien für eine Einreiseerlaubnis als Business Traveller. Er bleibt aus. Schliesslich gebe ich auf und fahre weiter. Auch die Option, per Schiff über das Schwarze Meer nach Russland überzusetzen, zerschlägt sich. Mit Thomas, meinem nächsten Begleiter, vereinbare ich deshalb, sich in der Südosttürkei in Malatya zu treffen und eine Reise durch den türkischen Teil Kurdistans anzutreten. Ich bin einige Tage früher vor Ort und finde einen schönen Stellplatz mit grandioser Aussicht auf die mit Aprikosenhainen bewirtschaftete Ebene um Malatya.

Dass sich dieser Platz auf dem Gelände einer Strassenbaufirma befindet, realisiere



Pferde im kurdischen Hochland.



Gastfreundschaft pur bei einer kurdischen Familie.

ich erst, als ein Security-Mann am nächsten Morgen mit geschultertem Gewehr zum Fahrzeug kommt. Statt Schelte und Vertreibung lädt er mich zum Tee ein. Später gesellen sich die Arbeiter dazu. Da ihr Wohnort etwa 100 km entfernt liegt, schlafen sie die Woche über hier und haben eigens einen Koch dabei. Nun, es kommt, wie es in der Türkei kommen muss: Ich werde zunächst zum Frühstück, dann zum Abendessen eingeladen. So bleibe ich drei Tage bei ihnen. Sie interessieren sich für mich, ich mich für sie.

Als sie erfahren, dass ich Arzt bin, möchte zunächst einer, später dann fast alle Konsultationen für ihre diversen Schmerzsyndrome haben. Da muss ich als Kinder- und Jugendpsychiater ziemlich improvisieren. Ich hole Thomas am Flughafen ab, nicht ohne vorher versprochen zu haben, ihn zu später Abendstunde im Kreis der Strassenarbeiter noch vorzustellen. Natürlich bekommt er erst einmal einen Teller mit für ihn zubereiteten Speisen. Was für eine Begrüssung in der Fremde!

Die Langzeit Spuren des Kriegs

Wie kommt es, dass Menschen aus anderen Kulturen so viel gastfreundlicher sind als wir? Ein sich als Atheist bezeichnender kurdischer Berufskollege gibt eine Antwort darauf: «Ein Gast ist ein Geschenk Gottes.» In seiner Wohnung in Diyarbakir können wir einige Tage unterkommen. Er schläft auf der Couch im Wohnzimmer und bietet mir sein Schlafzimmer an. Ich spüre, dass ich dieses Angebot nicht ablehnen sollte. Die Gespräche werden von Tag zu Tag tiefer, offener und persönlicher.

Wir erfahren viele Details und Auswirkungen des Krieges, den der Präsident und sein Militär 2014/2015 gegen seine «eigenen» kurdischen Bürger geführt hat. Bis auf einen ausführlichen Artikel in der «WOZ» habe ich seinerzeit in der Schweiz wenig da-

von erfahren. Weil sich bei einer Wahl die Machtverhältnisse im Parlament verschoben hatten, war der Präsident nicht mehr auf die Zusammenarbeit mit der kurdischen Partei angewiesen und paktierte mit einer erzkonservativen Partei. Daraufhin brach er die Friedensgespräche mit der separatistischen Bewegung ab. Diese radikalisierte sich und nutzte jugendliche Protestkundgebungen gegen die türkische Bevormundung. Sieben Städte in der Südosttürkei waren betroffen.

In Diyarbakir sehen wir die Überreste des Altstadtviertels «Sur» zunächst nur durch einen Spalt des Blechzauns, der die Steinwüste mit teilweise im Bau befindlichen modernen Strassenzügen vom Rest der Stadt abriegelt. Ein Militärposten an einer Ecke des Geländes erlaubt uns überraschenderweise, das Territorium zu betreten und einen unverstellten Augenschein zu nehmen: teils von Bulldozern geschaffenes Brachland, Baustellen, die sieben Tage die Woche betrieben werden, und weiter hinten zerbombte Häuserzeilen und Restfassaden übersät mit Einschusslöchern. Die Tragödie ist sicht- und spürbar. Einige sagen uns, dass nicht die Strategie der separatistischen Bewegung, sondern die des Präsidenten schlussendlich aufgegangen sei. Er konnte auch unter der kurdischen Bevölkerung offenbar mehr Unterstützung erzielen. Der Kollege vor Ort arbeitet mit durch diesen Krieg traumatisierten Menschen und ist selbst immer noch dabei, die eigenen Erlebnisse zu verarbeiten.

Schlüsselwort «Offroad»

Weiter nach Osten, zunächst entlang der syrischen, dann der irakischen Grenze, die teilweise 200 Meter parallel zur Strasse als mit Stacheldraht bewehrte Betonmauer verläuft. Die Frequenz der Militärposten nimmt zu. Cizre, Sirkak, Uludere. In Beytüssebap beginnt die Offroadstrecke nach Hakkari, die

wir auf der Karte ausgemacht haben und von der wir gehört hatten, dass sie fahrbar ist. Wieder ein Checkpoint mit einer Gruppe Polizisten und Soldaten, wir kennen das schon. Das kann länger dauern. Auch hier ist der leitende Soldat sehr freundlich und interessiert. Pässe und Autokennzeichen werden fotografiert, dann telefoniert er, während wir im Unterstand zum Tee eingeladen sind. Nach einer halben Stunde heisst es erst: «not possible, terrorist region». Ich beharre auf der Strecke und lasse zufällig das Wort «Offroad» fallen. Plötzlich lachen alle und rufen «Offroad, ah Offroad». So bizarr das klingen mag, ein Schlüsselwort als Türöffner ist gefunden und wir können losfahren.

Was sich in den kommenden zwei Tagen an Landschaften und Menschen eröffnet, ist unbeschreiblich. Immer wieder wird uns gewunken. Wir werden zum Tee, zu Datteln oder zum Frühstück eingeladen. Vorm Abschied finde ich in den Tiefen meiner Nahrungskiste die letzte Büchse Chili con carne vom Schweizer Militär, die ich verschenken kann. Endlich kann ich auch mal etwas geben!

Im Gespräch mit Thomas, meinem Begleiter aus St. Gallen, fragen wir uns, bewegt von der Gastfreundschaft, Offenheit und Spontanität dieser Menschen: Was können wir selbst aus diesen Erlebnissen lernen und mit nach Hause nehmen?

Der St.Galler Kinderpsychiater Daniel Bindernagel ist seit Frühling mit dem Landrover unterwegs von St.Gallen ostwärts. Im Maiheft von Saiten berichtete er bereits aus dem Balkan.

AUF DIE REGENBOGENFLAGGE KÖRBELEN

Nicht wegen Offenheit und Toleranz – es gibt bessere Gründe, am 26. September Ja zu sagen zur Ehe für alle. Eine Brandrede. Von Anna Rosenwasser

So. Die Ehe für alle also. Sind wir dafür.

Cool. Bin froh, haben wir das geklärt. Es wäre unrealistisch, so zu tun, als würden Leute, die ein Kulturmagazin lesen, nicht eh dafür sein. Mit einer ausdrücklichen Selbstverständlichkeit.

Zum Zeitpunkt, zu dem ich diese Zeilen schreibe, dauert es noch gute drei Wochen, bis wir überhaupt mal die Abstimmungsunterlagen in den Briefkästen haben. Im Schweizer Fernsehen beginnen ein paar Berufs-Plagöris, ihre Gegenargumente zusammenzukramen (Spoiler: das Kindeswohl). Politologisch gesehen hat die heisse Phase des Wahlkampfes noch lange nicht angefangen, er ist bestenfalls lauwarm, und ich, liebe Lesende, bin:

genervt.

So, so genervt.

Wir könnten jetzt alle mitfühlend nicken, weil es ja schlimm ist, als frauenliebende Frau die ganze Zeit diese elenden Fischli-Argumente gegen Homosexualität zu hören, und ja, eh, das hasse ich, aber das ist es nicht.

Ich bin genervt von denjenigen, die die Ehe für alle gut finden.

Ist doch selbstverständlich. Wir haben 2021. Love is love! Ist ja ganz normal. Meine Nichte, die ist auch. Ein Freund von mir, der hat auch.

(Achtet mal drauf: Wir reden oft über schwule, lesbische und bisexuelle Menschen, ohne die Worte schwul, lesbisch oder bisexuell auszusprechen. Oder aber wir werden ganz, ganz leise. Haben wir Angst, irgendwen zu wecken? Den Geist von Freddie Mercury?)

Je näher die Abstimmung kommt, desto öfter höre ich diese selbstzufriedene Selbstverständlichkeit von casually Linken: «Ist ja klar, Ehe für alle, für mich ist das völlig egal, welche Orientierung jemand hat».

Können wir bitte mal gemeinsam ein Geschichtsbuch aufschlagen und nachsehen, welche politischen Fortschritte erreicht wurden, indem Leute gesagt haben, dass es ja egal ist, und dass das selbstverständlich sein sollte?

Na, was gefunden?

Ich auch nicht. Lustig. Es ist fast so, als wäre wohlwollende Gleichgültigkeit, kombiniert mit Sätzen wie «ich bin da tolerant», nicht der goldene Zenit des Widerstands. Wisst ihr, was ich toleriere? Rückenschmerzen. Schreiende Babys. Einen mehligten Apfel (knapp). Toleranz, das ist: Ertragen. Will ich ertragen werden, weil ich in eine Frau verliebt bin?

Wenn evangelikale Fundis zusammen mit rechten Glüggis etwas gegen Homosexualität unternehmen wollen, dann passiert in vielen Medien etwas ganz Interessantes: Leute betonen, dass sie nicht homofeindlich sind, während sie eine homofeindliche Position vertreten.

Vor zwei Jahren haben sich ja ähnliche Akteur:innen gegen die Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm eingesetzt, kämpften also dafür, dass öffentlicher Homo-Hass weiter legal bleiben sollte, und behaupteten im selben Moment, sie selber hätten nichts gegen die Homosexuellen, also ein guter Freund von mir, der ist selber. Voldemort.

Es ist so fest nicht mehr en vogue, Homos offen zu hassen, dass wir ein völlig verzerrtes Bild davon haben, was Homofeindlichkeit eigentlich



ist. Wir stellen uns so vor, wie Beleidigungen und Angriffe auf Homos niederprasseln, richtig schlimm. (Passiert noch immer, täglich, auch in den modernen, offenen Städten. #loveislove.)

Aber wir stellen uns viel zu selten vor, wie es sich eigentlich anfühlt für gleichgeschlechtlich liebende Menschen, wenn in der Zeitung diskutiert wird, ob wir gute Eltern seien. Wir stellen uns nicht vor, was es mit uns Homos macht, wenn irgendwelche random Pfarrer Jahr für Jahr eine Plattform kriegen für ihren längst bekannten Homo-Hass. Wir stellen uns nicht vor, was es auslöst bei einem Teil der Bevölkerung, wenn der andere Teil der Bevölkerung darüber abstimmt, ob sie Rechte verdient haben.

Ich glaube, dass wir uns alle gerne vorstellen, dass Homofeindlichkeit so richtig offensichtlich gemein aussieht, herbe Angriffe, absichtliche Beleidigungen. Dann fällt es uns nämlich leichter, uns selbst als tolerant und offen einzuordnen. Love is love, oder.

Dass jetzt eine Mehrheit an Heteros darüber abstimmt, ob Homos irgendwas dürfen, was Heteros schon längst dürfen (zum Beispiel Samenspenden beziehen), bringt uns ausserdem in eine bizarre Diskussion: Wir müssen um die Gunst der Abstimmenden betteln. Liebe Monika, lieber Rolf, ich bin eine mega herzige, sympathische, nette Homosexuelle. Schauen Sie, meine Partnerin auch, wir sind total normal. Dürften wir ächt es bitzeli gleiche Rechte haben? Bittibätti?

Ich könnte auf meine Regenbogenfahne körbeln. Als hätten Rolf und Monika jemals irgendwem beweisen müssen, dass sie normal sind. Oder gute Eltern. Als hätten sie jemals die Erniedrigung über sich ergehen lassen müssen, dass andere darüber diskutieren, ob Rolf und Monika Rechte verdient hätten.

Liebe Lesende, es mag nicht so klingen, aber: Ich bin sehr fest für die Ehe für alle. Nicht nur, weil ich gern an die Hochzeiten meiner Freund:innen eingeladen werde (und vielleicht eines Tages mal selbst eine vom Staat abgesegnete Monogamie feiern will). Sondern, weil ein Ja zur Ehe für alle eine Signalwirkung hat für die queere Community: Suizidzahlen gehen runter bei einem Ja, das zeigen Zahlen aus anderen westlichen Ländern. Ich glaube, ein deutliches Ja zur Ehe für alle tut der homosexuellen Psyche gut. Darum bin ich dafür, und ich bin dafür, dass ihr auch dafür seid.

Stimmt also Ja. Nicht, weil ihr offen und tolerant seid und das doch eine Selbstverständlichkeit ist und euer Cousin, der ist ja auch.

Sondern, weil es das Mindeste ist.

«St.Gallen will»: 28. August

13 bis 17 Uhr: Kampagnenaustausch, Kuchen und Reden von Franziska Ryser (Nationalrätin Grüne), Johannes Rüschi (Regionalleiter JSVP SG), Annette Spitzenberg (evang. Pfarrerin) und weiteren, Vadianplatz Marktgasse St.Gallen

18 Uhr bis Open End: «Diversity in Concert» mit Bona Rhodes, Subaqua, Karaoke-Session und Afterparty mit DJ Naurasta Selecta, Grabenhalle St.Gallen

ehefueralle.ch/events/event/stgallen-will-grabenhalle.ch

KLIMAPOLITIK – WIE WEITER?

Das Nein zum CO₂-Gesetz im Juni hat der Klimabewegung einen plötzlichen Dämpfer verpasst. Wie konnte das passieren? Und wie geht es jetzt weiter? Franziska Ryser, St.Galler Nationalrätin der Grünen, ist überzeugt: Klimaschutz muss künftig stärker über den Bundeshaushalt finanziert werden. Und sie hofft auf die Gletscherinitiative. Von Franziska Ryser



Die Tour de Climat am 18. August 2021 am Rheinfall. (Bild: Campax)

Klimapolitik war, mit und nach der «Klimawahl» 2019, im Hoch. Dann kam das Nein zum CO₂-Gesetz. Es lohnt sich, noch einmal nach den Gründen für diesen Volksentscheid zu fragen. Und zu diskutieren, was für Schritte in den nächsten Monaten realpolitisch möglich sind, um die Zwischenziele des Pariser Abkommens doch noch einhalten zu können. Denn die Ziele in der Klimapolitik sind noch dieselben, und die Dringlichkeit nimmt mit jedem Jahr zu. Nur wenn wir einen Weg finden, wie die Forderungen auch umgesetzt werden, können wir unseren Beitrag zur globalen Netto-Null-Herausforderung leisten.

Die Krux von Kompromissen

Als das Parlament im Jahr 2019 die Debatte über das CO₂-Gesetz aufnahm, standen die Zeichen gut für eine klimapolitische Erneuerung in der Schweiz: Die Klimabewegung hatte volle Fahrt aufgenommen, im Parlament waren die umweltfreundlichen Kräfte nach den Gesamterneuerungswahlen sowohl im linken wie auch im bürgerlichen Lager stärker vertreten und der Bundesrat beschloss Netto-Null 2050.

Damit nahm er das Hauptanliegen der Gletscherinitiative auf, noch bevor diese überhaupt in die interne Beratung kam. Sogar die FDP entdeckte irgendwo in ihrer DNA ein grün scheinendes Nukleotid. Entsprechend er-

wartungsvoll stieg man in die Debatte. Nach den Beratungen in der zuständigen Kommission zeichnete sich ein Kompromiss ab, der vom Parlament breit getragen wurde: ambitionierte Ziele und etwas weniger ambitionierte Instrumente. Alles in allem aber ein ausgewogener Mix aus liberalen Lenkungsabgaben und CO₂-Bepreisung, aus Vorschriften, Grenzwerten und Technologieförderung. Das Gesetz hätte zwar nicht gereicht, die Emissionen auf Netto-Null zu senken, aber es wäre eines der fortschrittlichsten Gesetze weltweit geworden. Und somit ein Schritt in die richtige Richtung.

Es war das Resultat solider Parlamentsarbeit. Aber – und das liegt in der Natur von Kompromissen – am Ende war doch niemand so richtig zufrieden. Das Gesetz kreiste so lange zwischen den Räten, bis sämtliche Ecken und Kanten abgeschliffen waren. Keine Partei stand mit Herzblut hinter dem Kompromiss: Für ein blaues Gesetz war der neu zu schaffende Klimafonds zu etatistisch. Für ein grünes Gesetz waren die Absenkpfade zu flach. Für ein rotes Gesetz die Rückvergütung von nur der Hälfte der Lenkungsabgaben zu zurückhaltend.

Und so blieb das Gesetz bis zum Schluss farblos. Was als Erfolgsrezept für die parlamentarische Beratung diente, wurde zum Todesstoss in der öffentlichen Debatte. Die Skepsis von Teilen der Klimajugend hat das Gesetz nicht zum Kippen gebracht. Aber es hat exem-

plarisch für Linksgrün gezeigt, womit auch Blaugrün zu kämpfen hatte: der eigenen Wähler:innenbasis den schalen Geschmack eines technischen Kompromisses zu erklären.

Einem Kompromiss fehlt naturgemäss ein emotionales Commitment. Und die Emotionen fehlten auch im Abstimmungskampf. Die Kampagne war zwar solide gemacht und mit ausreichend finanziellen Ressourcen ausgestattet, aber sie hat es nicht geschafft, die Dringlichkeit des Themas zu vermitteln. Von der klimapolitischen Aufbruchstimmung, wie sie die Klimajugend entfacht hatte und die der Debatte anfangs den nötigen Schub verlieh, war kaum mehr etwas zu spüren.

Mit Herz gegen Rappenspalter-Argumente

Dabei hätte es im kollektiven Bewusstsein genügend Symbole gegeben, um die Kampagne – trotz Corona – emotional aufzuladen und so eine Bewegung zu schaffen wie 2015, als das Volk mit 58% Ja gesagt hat zur Energiestrategie 2050, oder wie bei der Klimawahl 2019. Mit Klimapolitik fürs Herz hätte man die Rappenspalter-Argumente der Gegner entkräften können. Man hätte genügend Unterstützer:innen mobilisieren können, um das fehlende Engagement des Bauernverbandes und seiner ländlichen Kreise zu kompensieren. Und man hätte genügend Beispiele gehabt, um die über

eineinhalb Jahre Corona-Pandemie gewachsene Behörden-Skepsis zu überwinden.

Das gescheiterte CO₂-Gesetz ist eben auch ein Lehrstück über Realpolitik. Ihr Handlungsspielraum spannt sich auf zwischen dem, was angesichts drohender Krisen dringend gemacht werden müsste, und dem, was aufgrund politischer Kräfteverhältnisse umsetzbar ist. Diese Kluft lässt sich im direkt-demokratischen System der Schweiz auch mit einer erdbebengleichen Klimawahl nicht schliessen.

Für uns Politiker:innen heisst das, dass wir in kleinen Schritten für politische Lösungen kämpfen müssen, Kompromiss für Kompromiss. Dies zu erklären, wird aber zunehmend schwieriger: Was unter der Bundeshauskuppel passiert, kann überall nachverfolgt werden, die Bilder der Abstimmungsergebnisse werden zeitgleich auf Twitter verbreitet. Gerade in diesen Zeiten muss der Wert eines Kompromisses wieder höher eingeschätzt werden. Und wir Parlamentarier:innen müssen die Kompromisse, die wir im Bundeshaus erringen, wieder mit Bestimmtheit und Herzblut vertreten.

Die nächsten Schritte

Was bedeutet die Absage ans CO₂-Gesetz aber nun für die Klimapolitik der nächsten Jahre? Gibt es überhaupt noch Möglichkeiten, Klimaschutz ausserhalb des CO₂-Gesetzes voranzutreiben? Ja, die gibt es. Das Resultat vom 13. Juni war kein Nein zum Klimaschutz. Es war ein Nein zu einem liberalen Kompromiss, ein Nein zu einem Gesetz ohne Herz. Aber das Ziel, die globale Erwärmung auf unter 1.5°C zu halten, hat sich dadurch nicht verändert. Das Ziel, dass die Schweiz die Emissionen aus den fossilen Energieträgern bis 2030 halbiert und bis 2050 ganz aussteigt, steht immer noch. Und das ist Auftrag genug, andere Ansätze und Wege zu finden, um die Klimapolitik weiter zu bringen. Klimaschutz muss künftig stärker über den Bundeshaushalt finanziert werden. Eine (unvollständige) Auslegeordnung:

1. Das bisherige Gesetz verlängern

Als erstes gilt es, den Status Quo des alten CO₂-Gesetzes weiterzuführen. Die Massnahmen, die Ende dieses Jahres auslaufen, müssen verlängert werden. Allen voran das Reduktionsziel der Schweiz. Aber auch die Befreiung der CO₂-Abgabe bei individuellen Zielvereinbarungen für Unternehmen soll weitergeführt werden. Die zuständige Kommission hat dafür bereits ein Projekt auf den Weg geschickt. Bis im Dezember soll die Beratung durch die Räte beendet sein, sodass auch die befristeten Massnahmen des CO₂-Gesetzes bis mindestens 2024 weiterlaufen.

2. Klimafonds mit öffentlichen Geldern

Zweitens muss das alte CO₂-Gesetz punktuell verbessert werden. Unbestrittene Punkte existieren und die klimafortschrittlichen Kräfte sind bereits mit Hochdruck daran, diese einzeln einzufordern. Zum Beispiel könnte ein Klimafonds geschaffen und statt über Lenkungsabgaben mit Mitteln der öffentlichen Hand geäuftet werden. Damit könnte ein Teil der Investitionen finanziert werden, wie zum Beispiel der Ausbau des Nachtzug-Angebotes. Der Finanzplatz soll – wie im neuen CO₂-Gesetz vorgesehen – zumindest deklaratorisch in die Pflicht genommen werden: indem die SNB und Finma die Klimarisiken evaluieren, öffentlich kommunizieren und Massnahmen einleiten, um diesen Risiken entgegenzuwirken. Und die Flottenziele der Automobilimporteure:innen sollen zumindest entsprechend den Plänen der EU schrittweise reduziert werden, sodass wir nicht hinter den internationalen Effizienzstandards hinterherhinken.

In der Woche nach den nationalen Abstimmungen wurden bereits zahlreiche Vorstösse deponiert, mit denen die bisherige Gesetzesgrundlage angepasst werden kann. Um genau solche Massnahmen einzuführen, für die zumindest im Parlament ein Kompromiss gefunden worden war. So können die Stellschrauben jetzt einzeln gestellt werden.

3. Die Allianz der Willigen

Drittens braucht es eine Allianz der Willigen. Wirtschaftsverbände, NGOs, zivilgesellschaftliche Organisationen – sie alle haben sich während des Abstimmungskampfes zum Klimaschutz verpflichtet. Diese Bestrebungen können auch ohne gesetzliche Grundlage umgesetzt werden. Die Ziele aus dem Pariser Abkommen, die Emissionen bis 2030 zu halbieren, können von Unternehmen weiterhin verfolgt werden. Freiwilliges Engagement, insbesondere von Wirtschaftsakteur:innen und gesellschaftlichen Organisationen, wird an Bedeutung gewinnen.

4. Weg von der fossilen Mobilität

Viertens müssen die Möglichkeiten ausserhalb des CO₂-Gesetzes voll ausgeschöpft werden. Dazu gehört insbesondere die Energiepolitik: Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss rasch vorangehen, um fossil- und nuklearfreien Strom für die Dekarbonisierung des Verkehrs und des Gebäudeparks bereitzustellen. Dass dies möglich ist, hat das Parlament bereits drei Tage nach der verlorenen CO₂-Abstimmung bewiesen: Es hat einer Verlängerung und einem Ausbau der Fördermassnahmen für die erneuerbaren Energien zugestimmt.

Mit der Revision des Energiegesetzes wird in den kommenden Monaten diese Diskussion weitergehen. Dabei muss neben dem Umbau des Energiesektors auch die Notwendigkeit von Effizienz- und Suffizienzmassnahmen diskutiert werden. Und die Gletscher-Initiative bietet die Möglichkeit, die öffentliche Klimadebatte nahtlos weiterzuführen. Genau zum richtigen Zeitpunkt: Mit der Initiative soll der Ausstieg aus den fossilen Treibstoffen in der Verfassung verankert werden. Statt über Benzinrappen zu streiten kann die Bevölkerung so ein grundsätzliches Votum abzugeben – für den Klimaschutz, für das Netto-Null-Ziel, für eine klimakompatible Schweiz.

5. Den Finanzplatz in die Pflicht nehmen

Fünftens muss der politische Druck hoch bleiben. Die Klimaziele dürfen nicht heruntergeschraubt werden. Die Klima-Allianz wird mit einer Initiative das Thema Finanzplatz aufnehmen. Und die Jungen Grünen lancieren mit der Umweltverantwortungsinitiative eine Grundsatzdebatte über ein mögliches anderes Wirtschaftssystem, das innerhalb der planetaren Grenzen funktioniert.

6. Ein neuer Anlauf

Und schliesslich muss sechstens der nächste Anlauf zur Reform der Klimapolitik an die Hand genommen werden. Aber auch das ist möglich: Denn das revidierte CO₂-Gesetz hätte nicht gereicht, um die Klimaziele zu erreichen. Weitere Schritte wären sowieso notwendig gewesen. Jetzt sind wir zwar über einen Tritt gestolpert, aber wir werden deswegen nicht vom Weg abweichen, sondern weitergehen und jede Gelegenheit ergreifen, die eine realpolitische Verbesserung für das Klima bringt. Schritt für Schritt.

Verschiedene Hebel sind vorhanden. Der neu erschienene IPCC-Bericht machte noch einmal deutlich, wie wenig Zeit wir haben. Jede Region der Erde ist mittlerweile von der Klimaerhitzung betroffen. Auch bei uns ist sie spürbar, beschädigt unsere Häuser, zerstört unsere Ernten. Würde die Abstimmung zum CO₂-Gesetz nach diesem Sommer voller Hagelstürme und Überschwemmungen anders ausfallen? Zumindest wird die Klimapolitik nicht wie andere Dossiers nach verllorener Abstimmung auf die lange Politbank geschoben. Die Klimabewegung geht weiter. Diesen Sommer wurde der Finanzplatz Schweiz ins Visier genommen. Rise up for change – am Klimacamp und an der Tour de Climat, mit Demos, Aktionen und der klaren Message: Wir bleiben dran.

Der hier aktualisierte Text erschien zuerst auf denknetz.ch.

ART PUBLIC CHUR 2021

NACH_RAUSCHEN
SCHUTZBAU AREAL
ACKERMANN, CHUR
9./10./11. SEPT. 2021

URAUFFÜHRUNGEN
21 UHR

**LUCA SISERA UND
PATRICK MÜLLER**
SPECULUM LUX

**FELIX PROFOS UND
PETER CONRADIN**
ZUMTHOR
GRUND

VALERIA ZANGGER
ERRATIKA

art-public-2021.ch



ART PUBLIC CHUR 2021

NACH_RAUSCHEN
WELSDÖREFLI
SCHUTZBAU AREAL
ACKERMANN, CHUR
9./10./11. SEPT. 2021

art-public-2021.ch



VIDEO- & LICHTPROJEKTIONEN
22-04 UHR

**JUDITH ALBERT
ALEX DORICI
ASI FÖCKER
FRÖLICHER I BIETENHADER
ZILLA LEUTENEGGER
NORBERT MÖSLANG
OLGA TITUS**

 **Stadt Chur**

 **Kanton St. Gallen Kulturförderung**

 **SWISSLOS**

Presenting Partner  **Graubündner Kantonalbank**

SPAZIERGÄNGE
MUSIKTHEATER
KONGRESS

**ICH SITZE
DAS DA
ALS WÄRE
NICH
NICH
VORHANDEN**

**ROBERT WALSER
UND
DIE MUSIK**

FESTIVAL
NEUE MUSIK
RÜMLINGEN
2021

16. – 19. SEPTEMBER
IM APPENZELLERLAND



**DAS LITERATURHAUS
IM SEPTEMBER**
www.wyborada.ch

11.
ISABEL ROHNER

15.
PETER WEBER

16.
ANNEMARIE VON MATT | ROGER PERRET

19.-25.
SCHREIBSEMINAR IN DER TOSKANA
mit TOM KUMMER

25.
UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE
ASYLSUCHENDE ERZÄHLEN

Literaturhaus Wyborada St. Gallen | Davidstrasse 42
9000 St. Gallen | literaturhaus@wyborada.ch | 071 222 65 15